

Zürich

Gratis-Kitas und eine Familienkasse

Familienpolitik Finanzielle Unterstützung von der Geburt bis zur Uni und Kinderbetreuung als Service public – das Projekt Doing Family will Bewegung in die Familienpolitik bringen.

Katrin Oller

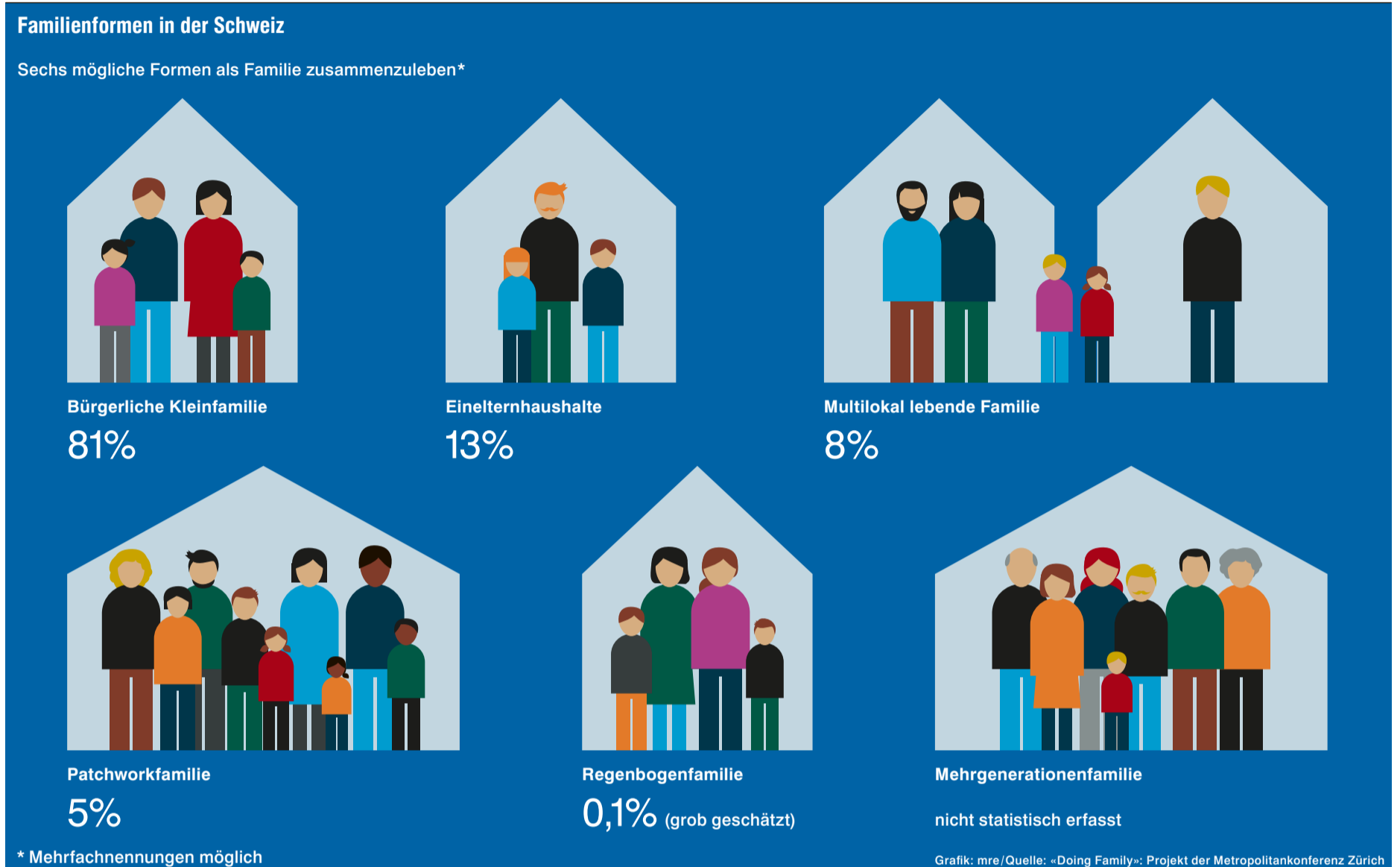
«Viele unserer Empfehlungen sind kalter Kaffee», sagt André Woodtli. Genug Krippenplätze, Elternzeit und die Rechte der Kinder respektieren: Solche Forderungen gibt es seit Jahren und sie müssten selbstverständlich sein – sie seien es aber nicht, sagt der Chef des Amtes für Jugend und Berufsberatung des Kantons Zürich. Dies zeigt das Projekt Doing Family, mit dem Woodtlis Amt beauftragt wurde.

Auftraggeber ist die Metropolitankonferenz Zürich, deren Mitglieder die Kantone Zürich, Aargau, Thurgau, Schaffhausen, Schwyz, St. Gallen, Zug und Luzern sowie 120 Städte und Gemeinden sind. Das Projekt beinhaltet drei Teilstudien zur Veränderung des Familienbildes, zu der Familie als betriebswirtschaftlichen Faktor und zu den Leistungen der öffentlichen Hand für Familien. Im Abschlussbericht haben die Verantwortlichen Empfehlungen zu fünf Handlungsfeldern formuliert.

Persönliches reicht nicht

Heute Mittwoch präsentieren André Woodtli und Projektleiterin Sarah Büchel den Abschlussbericht von Doing Family. Es gehe auch darum, neu über Familien nachzudenken, sagen die beiden auf Anfrage. In ihren Gesprächen mit Politikerinnen und Politikern sei ihr aufgefallen, dass beim Thema Familie alle von ihrer persönlichen Erfahrung ausgehen, sagt Sarah Büchel. «Das ist zwar legitim, aber auch problematisch, weil man nicht abstrahiert und sich nicht in andere Familienmodelle hineinlebt.»

81 Prozent der Familien in der Schweiz sind Kleinfamilien. 13 Prozent sind Einelternfamilien, 5 Prozent Patchwork-Familien und 8 Prozent Familien mit Kindern, die in verschiedenen Haushalten leben und zwischen Elternteilen hin- und herpendeln, sogenannte multilokal lebende Familien. Jede Familie definiert sich heute selber und verhandelt ihre Praxis immer wieder neu,



daher der Name Doing Family. Dennoch dominiert das ideale Bild der Kleinfamilie – biologische Eltern mit Vater und Mutter, erwerbstätig, sie Hausfrau, verheiratet, zwei Kinder mit Haus und Garten – die Vorstellung in den Köpfen und gilt als Grundlage der Gesetzgebung. Dies, obwohl diese Familienform nur in der kurzen Zeit zwischen 1945 und 1970 in der breiten Bevölkerung realisiert werden konnte, wie im Bericht steht.

«Vorher und nachher ist die klassische Familie ein Ideal, das für die meisten eher unerreichbar bleibt», sagt Sarah Büchel. Die Kleinfamilie verspricht Geborgenheit, Selbstbestimmung und

Erfüllung. Dies als Gegenentwurf zur kalten, kurzlebigen Welt der Globalisierung und Digitalisierung. Früher sei sie ein Statussymbol gewesen von denen, die es sich leisten konnten, etwa Pfarrfamilien.

«Wir müssen uns über Familie neu verständigen», sagt André Woodtli. Darüber, was sie leistet und welche Rahmenbedingungen sie zugute hat. Denn Grundsatzdiskussionen darüber, welche Familienform die beste ist, blockieren die aktuelle Familienpolitik. «Hört auf, darüber zu diskutieren, wie eine Familie aussehen soll und ob beispielsweise zwei schwule Väter eine Familie seien oder nicht», sagt Büchel.

Vielmehr müsse man nun über Strukturen sprechen und akzeptieren, dass Familien Unterstützung brauchen. Das Familiengewebe verändere sich ständig und sei fragil. Paarbeziehungen zerbrechen, die Bedürfnisse der Kinder verändern sich je nach Alter und die finanzielle Sicherheit steht schnell auf der Kippe, wie Woodtli sagt: «Was früher einmal die Sippe leistete, muss heute die öffentliche Hand übernehmen.»

Konkret plädiert Doing Family für Individualbesteuerung, flächendeckende Tagesschulen, längere Kita-Öffnungszeiten und vernetzte Beratungsangebote. Als «heisse Ideen» im Gegensatz zum «kalten Kaffee», wie Woodt-

li sagt, schlagen die Verantwortlichen auch visionäre Ideen vor.

Dazu gehört, dass Kitas, Horte und Tagesschulen zum unentgeltlichen Service public gehören sollen. «Wenn wir wollen, dass Akademikerpaare auch Kinder haben, müssen wir ihre Opportunitätskosten senken», sagt Woodtli. Man müsse dafür sorgen, dass insbesondere Akademikerinnen nicht mehr vor der Entscheidung stehen, eine Familie zu gründen oder eine Karriere ohne Einbussen zu verfolgen. Der Staat profitiere schliesslich von der immensen Leistungsfähigkeit der Familie, sagt Büchel.

Eine andere Idee ist diejenige einer integralen Familienkasse.

Darin sollen alle Teilleistungen für Familien wie Kinderzulagen, Krippensubventionen, Alimente und Stipendien zusammengefasst werden. Die Daten hinterlegen die Familien nur einmal. So könnte man ihnen den Bürokratieaufwand ersparen. In einem überschaubaren System würden sie von der Geburt der Kinder bis zum Ende der Ausbildung die Unterstützung erhalten, die sie benötigen.

Politiker sind skeptisch

Vor allem bei Politikern sei die Begeisterung für die Ideen aus dem Projekt Doing Family noch verhalten, sagt Büchel. Die meisten wiesen zuerst auf die enormen Kosten hin, die die Ideen verursachen könnten. Dabei gehe es um Return on Investment, wie die Projektleiterin sagt: «Kurzfristig kostet es etwas, aber was man langfristig präventiv damit erreichen könnte, bleibt oft im Hintergrund.»

Den Abschlussbericht haben alle Mitglieder der Metropolitankonferenz Zürich erhalten. Damit ist das Projekt abgeschlossen. Die Gefahr besteht, dass die Ideen verpuffen: «Mein Wunsch wäre, dass sich die Gemeinden eine Empfehlung rausnehmen und schauen, was sie dort verbessern können», sagt Büchel. «Wir sind nur eine von vielen Windmaschinen», sagt Woodtli, «segeln müssen andere.»

Heute Mittwoch wird der Abschlussbericht von Doing Family präsentiert. An der Podiumsdiskussion nehmen unter anderem SP-Nationalrat Matthias Aebischer und Philosophin Barbara Bleisch teil. 13.30 bis 16 Uhr im Chainwork an der Dufourstrasse 43 in Zürich. www.doingfamily.ch

Nachgefragt

«Eltern müssen die Wahl haben, wie sie sich organisieren wollen»

Herr Künzle, laut dem Projekt Doing Family orientieren sich die Leistungen der öffentlichen Hand noch immer zu stark an der Struktur der bürgerlichen Kleinfamilie. Was kann eine Gemeinde oder Stadt konkret dagegen tun?

Michael Künzle: Familie ist eine kleine, aber gesellschaftstragende Einheit. Es ist wichtig, dass diese kleine Einheit möglichst selbstständig agieren und sich wirtschaftlich tragen kann. Gesellschaftliche Tatsache ist, dass sich eine Vielfalt an Familienformen entwickelt hat. Diese Familienformen haben unterschiedliche Bedürfnisse, diesen soll der Staat mehr Beachtung schenken, um die verschiedenen Familienformen zu stärken. Meines Erachtens ist das skizzierte Handlungsfeld der Vereinbar-

keit von Familie und Beruf eines der wichtigsten. Hier müssen wir sicherlich den Zugang zu den ausserschulischen Kinderbetreuungen vereinfachen und uns auch über die finanziellen Beiträge für diese Dienstleistungen Gedanken machen.

Die Projektverantwortlichen propagieren, dass Kitas, Horte und Tagesschulen gratis werden. Was sagen Sie dazu?

Als Diskussionsgrundlage – und als solche versteht sich auch das ganze Projekt – ist es eine Variante. Persönlich bin ich der Meinung, dass diese Dienstleistungen nicht gratis geleistet werden können, da nicht alle Eltern diese Dienstleistungen wählen, sondern auch andere Familienformen vorhanden sind, die ohne Fremdbetreuung und ohne fi-

«Persönlich bin ich der Meinung, dass die Betreuung nicht gratis geleistet werden kann.»



Michael Künzle
Präsident des Metropolitanraums Zürich und Stäpi in Winterthur. Als Projektgötti hat er Doing Family begleitet.

nanzielle Entschädigung auskommen. Aber die Höhe der Beiträge soll diskutiert werden.

Sie sind CVP-Mitglied und schreiben im Vorwort zum Projektbericht über Ihr eigenes Familienmodell – Sie arbeiten und Ihre Frau kümmert sich zu Hause um alles. Wie sehr können Sie politisch hinter dem Projekt stehen?

Als Projektgötti muss ich nicht hinter allen Empfehlungen stehen. Aber dass diese Situation einmal beleuchtet wird, das finde ich wichtig und richtig. Das Projekt beleuchtet die aktuelle gesellschaftliche Situation. Es gibt verschiedene Familienformen, das ist eine Tatsache. Die Eltern sollen die Wahl haben, welche Form sie leben wollen. Für meine Frau und mich ist das

von uns gelebte Modell das richtige. Und darum geht es: dass die Eltern die Wahl haben, wie sie sich organisieren wollen. Das ist nämlich Grundvoraussetzung für starke Familien.

Im Vorwort zum Projektbericht warnen Sie allerdings auch davor, dass nicht über die Schulform Einfluss genommen werden sollte auf die Familienform. Damit meinen Sie wohl die Tagesschulen – sind Sie davon nun ein Freund oder nicht?

Ich unterstütze, dass es freiwillige Tagesschulen gibt, und ich bin gegen obligatorische Tagesschulen, weil sie den Eltern das Familienmodell aufzwingen, was ich nicht richtig finde.

Interview: Mirko Plüss